

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhlfeldstraße 87, von unsren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Teltower Kreisblatt

Sechspfeil-Anschluß: Sammel-Nr. B 2 Köhlfeld 0671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postcheckkonto: Berlin 1519 51.

Nr. 104.

Berlin, Donnerstag, den 4. Mai 1933.

78. Jahrg.

Die Reichsregierung zur Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften

Demnächst Kabinettsberatungen über die Gewerkschaftsfrage. — Verhandlungen über die Richtlinien zur Neugestaltung auf dem Berliner Arbeitertag am 10. Mai

Sämtliche Gewerkschaften unterstellen sich Adolf Hitler.

Wie vom Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Ley, mitgeteilt wird, haben der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Angestellter, Arbeiter und Beamtenverbände (Hilfs-Bund), der GDA, der DDA und andere Verbände sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellt.

Damit wäre zum erstenmal in der deutschen Arbeiterbewegung die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände erreicht und eines der größten Werke vollendet, die die Geschichte des deutschen Arbeiterturns zu verzeichnen hat.

Die Presse zur Gewerkschaftsgleichschaltung.

Die vom Aktionsauschuß zum Schutze der deutschen Arbeit durchgeführte einheitliche Aktion gegen die Freien Gewerkschaften hat in der gesamten deutschen Presse lauten Widerhall gefunden.

Der „Böllische Beobachter“ erklärt zu der Säuberungsaktion u. a.: „Die korrupte Führung der Gewerkschaften bedrohte heute immer mehr ihre eigene Sicherheit, und wenn auch manche Arbeiter am Dienstagmittag sungslos gewesen sein mögen, sie werden der NSDAP, einmal dankbar sein, das deutsche Arbeiterturn von einem Alpdruck befreit zu haben.“

Die nationalsozialistische Revolution hat einen zweiten Schritt vorwärts getan, sie hat aus der größten, mächtigsten Kundgebung, die die Welt jemals gesehen hat — in Tempelhof — die Schlussfolgerung gezogen, sie hat weitere Stufen des marxistischen Klassenkampfes zerbrochen und Gegner der deutschen Volkserneuerung ungeschädigt gemacht.“

Die „Berliner Botschaft“ schreibt u. a.: „Wer die Bewältigung, die der marxistische Klassenkampf in Deutschland angeht hat, in vollem Umfange erkannte, wird die neuen Führer bei dem Bestreben, den negativen Klassenkampf durch den positiven Volksgemeinschaftsgedanken zu ersetzen, unterstützen müssen.“

— In einem „Gesprengte Klassenkampffront“ übergründlichen Artikel nimmt „Der Tag“ zu der Frage Stellung. Darin heißt es u. a.: „Die Freien Gewerkschaften waren leere Formen geworden, zusammengehalten allein noch von dem Interesse des langjährigen Gewerkschaftsmitgliedes an seinen Unterhaltungsrechten, die er sich durch seine laufenden hohen Beiträge erworben hatte.“

Sowas werden die Gewerkschaften die Beute des Marxismus; immer mehr rote Intellektuelle, Arbeiterfremde, Seher, Juden und Desperados nisteten sich in der Führung ein, immer mehr Gewerkschaftler sahen in der Sozialdemokratie die einzige politische Vertretung der von ihnen wirtschaftlich geführten Arbeiter.“

Die Gewerkschaften wurden Klassenkampfinstrumente, und das marxistische wirtschaftszersetzende Gift wurde von den Großen eben jener Arbeiter bezahlt, deren Schicksal auf Geheiß und Verberb mit der Wirtschaft verbunden ist. Gemeiner ist keine Volkstschicht jemals betrogen worden... Die Neuordnung muß bald kommen und aus einem Guß geschaffen werden. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Mann, der die Verantwortung für die Wirtschaft trägt, Dr. Hugenberg, dessen soziales Wollen über jeden Zweifel erhaben ist, der aber auf dem Standpunkt der wirtschaftlichen Vernunft verbleiben muß, ohne die eine wirkliche dauernde Lösung dieser so schwerwiegenden Fragen nicht gefunden werden kann.“

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es: „Sachlich war bereits seit dem 30. Januar die Macht und der Einfluß dieser mit dem Schicksal der Sozialdemokratie durch eigene Schuld verfallenen Berufsverbände zerbrochen... Die Gleichschaltung kann, braucht aber noch keineswegs zu einer Einheitsgewerkschaft führen.“

Die Verantwortung dieser Fragen hängt von dem Schicksal der Wirtschaft ab, insbesondere des berufsständischen Gedankens ab, wobei wir hoffen, daß dieser Schicksal von Händen der Regierung und nicht durch unorganisierte Eingriffe geformt werden wird.“

— Der „Berliner Börsen-Courier“ schreibt u. a.: „Der erste Abschnitt der nationalen Revolution war die Festigung der politischen

Macht. Sie ist vollzogen. Der zweite Abschnitt kann folgerichtigerweise nur die Durchbringung der Wirtschaft und der Sozialpolitik mit dem Geist dieses neuen Staates sein, die Herstellung einer organischen Verbundenheit zwischen Staat und Arbeit. Die Weite dieser Zielsetzung, die umgestaltende Gewalt der geplanten Durchführung wird jeder empfinden.“

Reichsstand des deutschen Handwerks

Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats zu Berlin fand am Mittwochabend die Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks statt. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Berlin, eröffnete die Versammlung und legte sein Amt nieder. Zu seinem Nachfolger bestimmte er den Referenten für Handwerk und Gewerbe im Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, Dr. Zeleni. Dieser ernannte darauf Berlin zum Ehrenmeister des deutschen Handwerks. In einer Begrüßungsansprache dankte der Reichskommissar für den gewerblichen Mittelstand, Dr. Wienbeck, dem früheren Kommissar Dr. Hoppe für seine Tätigkeit und betonte, daß bisher eine vereinigte Mittelstandspolitik nicht geschrieben worden sei. Es sei Aufgabe der neuen Regierung, hier Wandel zu schaffen.

Der Leiter des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand Dr. v. Renteln und sein Vertreter Dr. Zeleni wurden in den Vorstand gewählt. Weiter wurde bekanntgegeben, daß der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt wird.

Dr. v. Renteln führte dann in einer Ansprache unter anderem aus, daß es eine historische Stunde sei, in der das deutsche Handwerk zusammenreife, denn die geschichtliche Umwälzung, die sich im deutschen Volk vollziehe, treffe das Handwerk nicht unvorberetet, vielmehr nehme es den Ruhmestitel für sich in Anspruch, in großen Teilen aktiver Träger der deutschen Erhebung gewesen zu sein.

Das deutsche Handwerk werde einen Entwurf für den fünfjährigen Aufbau des Handwerks ausarbeiten als Grundlage für eine kommende Neuordnung.

Darauf verlas der Redner den Antrag zur Gründung eines Reichsverbandes des Deutschen Handwerks. Diesem soll zur Durchführung übertragen werden die Neuordnung der beruflichen Organisation des Handwerks mit dem Ziel der Vereinfachung und Vereinheitlichung, die Ausarbeitung einer alsbald durch Reichsgesetz zu erlassenden berufsständischen Verfassung des deutschen Handwerks und die Durchführung der standes- und der staatspolitischen Erziehung des deutschen Handwerks.

Neuorganisation der industriellen Verbände.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit:

In Uebereinstimmung mit den Grundgeden der nationalen Regierung und zugleich im Interesse einer — künftig jede Einzelaktion ausschaltenden — gleichmäßigen und straffen Durchführung der vor dem Reichsverband liegenden Aufgaben wird für die Gesamtorganisation der industriellen Verbände der Führerverband in folgender Form verwirklicht:

Entsprechend dem Beschluß des Präsidiums vom 6. April, durch den der Vorsitzende, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, einstimmig zur Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen zur Vereinfachung und Umgestaltung der industriellen Verbände ermächtigt worden ist, wird Herr von Bohlen die ihm übertragene außerordentliche Vollmacht dazu benutzen, um

1. auf dem Gebiete der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Gegebene mit dem politischen Notwendigen abzustimmen.

2. die neue Organisation in Uebereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen und sie zugleich so rationell und schlagkräftig zu gestalten, daß sie, der Bedeutung der Industrie entsprechend, ein wirksames Instrument der industriellen Wirtschaft im Rahmen des nationalen, sozialen und gesamtwirtschaftlichen Wiederaufbaues sein kann.

Diese zweifache Aufgabe erstreckt sich nicht nur auf den Neuaufbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie selbst (d. h. insbesondere die Durchführung aller hierzu notwendigen organisatorischen und personellen Maßnahmen), sondern sie umfaßt auch den großen Fragenteil der berufsständischen Gliederung der Wirtschaft überhaupt.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes wird bei der praktischen Durchführung dieser Aufgaben, die bereits tatkräftig unter Mitwirkung der von dem Herrn Reichswirtschaftsminister ernannten Reichskommissare in Angriff genommen sind, antwärtlich an Wünsche und Gebantenange, die er selbst teilt, langer Zeit begeben und ausgeprochen hat. In Anerkennung des Führerprinzips wird Herr von Bohlen in sämtlichen Ausschüssen selbst den Vorsitz unter dem Vorbehalt der Ernennung von Stellvertretern und die Verantwortung für die Entscheidung übernehmen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Kabinettsitzung am Freitag stehen vorläufig nur das Gesetz gegen das Zigarettenwesen, das der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg vorbereitet hat, und ein Gesetzentwurf über die Zulassung von Steuerberatern. — Die Verhandlungen über die neuen Richtlinien zur Durchführung des Beamtenengesetzes sind im wesentlichen abgeschlossen, so daß mit der Veröffentlichung in nächster Zeit zu rechnen ist. Nach dem, was bis jetzt bekannt wurde, werden gewisse Änderungen inoffiziell eintreten, als diejenigen Beamten, die als Parteimitglieder bezeichnet werden, die aber Kriegsteilnehmer waren, gefordert behandelt werden.

Aktion gegen die Freien Gewerkschaften wird ausdrücklich erklärt, daß diese Aktion auch nach Ansicht der Reichsregierung dem vom Reichstanzler durchgeführten Kampf gegen den Marxismus in vollem Umfange entspricht. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß es unmöglich sei, daß sich der Marxismus hinter den Gewerkschaften verstecke. Die Aktion habe den Zweck, den inneren Betrieb der Gewerkschaften zugunsten der Arbeiterschaft zu prüfen.

Nach den Erklärungen des nationalsozialistischen Staatsratspräsidenten Dr. Ley nimmt man in politischen Kreisen an, daß

auf dem Arbeitertag, der am 10. Mai stattfinden soll, Richtlinien für die Neuordnung des Gewerkschaftswesens in Deutschland besprochen werden. In der nächsten Zeit wird das Reichskabinet sich gleichfalls mit dieser Frage befassen.

Dr. Ley führt die Arbeiterfront.

Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Robert Ley, ist vom Führer Adolf Hitler durch seinen Stellvertreter, Rudolf Hess, zu nachfolgender Erklärung ermächtigt worden:

„Alle bisherigen Meldungen über den zukünftigen Gewerkschaftskommissar entscheiden jeglicher Grundlage und sind leere Kombinationen, die als Zweckmeldungen bestimmter Quertreiber aufzufassen sind. Um diesen Quertreibern jeden Boden zu entziehen, wird folgendes bestimmt: Ich selbst übernehme die Führung der neu aufzubauenden Arbeiterfront.“

Zum Führer der gesamten Arbeiterverbände bestimme ich den Parteigenossen Walter Schumann, M. d. R., Berlin; zum Führer der gesamten Angestelltenverbände bestimme ich den Parteigenossen Albert Forster, M. d. R.

geg. Dr. Robert Ley, M. d. R.“

Fortsetzung der Säuberungsaktion.

Die Säuberungsaktion gegen die roten Gewerkschaften in Berlin und im Reich wird überall fortgesetzt.

Der Vorsitzende des Orts- und Bezirksrats und des NSDAP-Bezirks, Erich Glatau, der früher Mitglied des preussischen Staatsrats war und der der SPD-Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung angehört, wurde beim Betreten des Berliner Gewerkschaftshauses festgenommen. Da durch besondere Beauftragung der NSDAP eine sorgfältige Revision der Kassenerhältnisse vorgenommen wird und schon jetzt festgestellt, daß die Gehälter der leitenden Gewerkschaftsbeamten und die allgemeinen Unkosten außerordentlich hoch waren, wurde Glatau auf Grund der häufig und durchsichtigen Kassenerhältnisse in das Polizeipräsidium eingeliefert. Der Geschäftsbericht im Gewerkschaftshaus hat durch die Besetzung durch SA und die neugelegten Beauftragten der NSDAP keine Unterbrechung erfahren.

Amthliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inzeratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

Bekämpfung unzüchtiger Schwestern, Abbildungen, Darstellungen usw. Auf die Allgemeine Verordnung d. SM. (R. d. R.) vom 7. März 1933 — 13322 — WSt. I. W. G. 357 — weise ich besonders hin und verweise um genaue Beachtung.

Berlin, den 4. Mai, 1933.

c. Landrat des Kreises Teltow. Koennede.

L. 1862/33.